

# BERLIN

## Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

### Liebe Leserinnen und Leser!

Der EU-Sondergipfel hat erfreulicherweise ein Mindestmaß an Einigkeit in der Irak - Frage erzielt. Er führt eine klare Sprache gegen den Irak und schließt militärische Zwangsmaßnahmen als „*letztes Mittel*“ nicht aus. Wir begrüßen ausdrücklich, dass ein Schritt der EU-Mitgliedstaaten hin zur Wiedererlangung ihrer gemeinsamen Handlungsfähigkeit getan wurde und zugleich der Druck auf Saddam Hussein wieder gefestigt wird. Die Bundesregierung ist mit ihrer Unterschrift de facto auf den Kurs der Union eingeschwenkt. Allerdings ist die Bundesregierung dabei, rhetorisch ihren Positionswechsel zu verschleiern. Einerseits erklärt Schröder, der grundsätzliche Ausschluss militärischer Mittel sei unmissverständlich sein letztes Wort, andererseits sagt er, man müsse immer zu Kompromissen bereit sein und hätte nie Zwangsmaßnahmen als „ultima ratio“ im Kampf gegen den Terror ausgeschlossen. Diese Unaufrichtigkeit muss auch die besorgte Bevölkerung zweifeln lassen, ob es dem Bundeskanzler wirklich vor allem anderen um den Frieden im Nahen Osten geht. Die Regierung muss deshalb dazu aufgefordert werden, die EU-Erklärung zur Basis ihres weiteren Verhaltens im UN-Sicherheitsrat zu machen und nicht durch neues Lavieren die Einigkeit der EU und den Druck auf Saddam erneut zu unterminieren.

*Ifc*

Ingrid Fischbach

### In dieser Ausgabe

- Impfschutz gegen Pockenvieren ...S.2
- Steuererhöhungspläne der Bundesregierung ...S.3
- Untersuchungsausschuss ...S.3
- Enquete-Kommission "Ethik und Recht der modernen Medizin" ...S.4
- US Forscher kritisiert Konzentration auf embryonale Zellen ...S.5
- SPD - Medienbeteiligungen ...S.6



### Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074  
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

## Impfschutz gegen Pockenviren



►► Die Unaufrichtigkeit der Bundesregierung hat mit dem Auftauchen eines Vermerks aus dem Bundesgesundheitsministeriums zur Beschaffung von **Impfschutz gegen Pockenviren** aus dem August 2002 eine neue Bestätigung erfahren. Dort ist die Rede von „dokumentierten Erkenntnissen“, dass Pockenerreger u.a. im Irak gelagert würden. Die Verfasser des Vermerks bestätigen, dass die Basis dieser Aussage Unterlagen des BND seien.

Innenminister Otto Schily sagt hingegen: „*Wir haben keine Erkenntnisse darüber, dass der Irak über Lager mit Pockenviren verfügt.*“ Nur eine Aussage kann stimmen. Minister Schily sollte wissen, dass er möglicherweise einmal in die Situation kommen könnte, den Wahrheitsgehalt seiner jetzigen Einlassungen nachweisen zu müssen.

Damit kein Missverständnis auftritt: Die Versorgung mit Impfschutz ist richtig, aber das Verschweigen der wahren Bedrohungslage illustriert den Umgang der Regierung mit diesem Thema: Sie nutzt die verständliche Stimmung der Bevölkerung, sie bedient und weckt Gefühle unterschiedlichster Qualität, sie bemüht hehren Friedenspathos.

Aber immer wieder scheint ihre eigentliche Motivation durch, das innenpolitisch-taktische Verhältnis zur Frage von Krieg und Frieden, den Vorrang des parteipolitischen Vorteils vor besseren Erkenntnissen und zu Ende gedachten außenpolitischen Aktionen.

**Ingrid Fischbach:** "Die Demonstrationen vom vergangenen Wochenende bringen die großen Sorgen und Ängste der Menschen zum Ausdruck. Wir nehmen dies sehr ernst, auch wenn leider nicht der menschenverachtende Diktator Saddam Hussein, sondern die freiheitliche Demokratie USA im Mittelpunkt der Kritik stand. Verantwortliche Politik muss allerdings handeln

und auch das mögliche Ende bedenken, wenn sich die Hoffnungen der Menschen als trügerisch erweisen sollten." <<<



## Steuererhöhungspläne der Bundesregierung

▶▶ Die innenpolitische Ratlosigkeit der Bundesregierung spiegelt sich auch in den fehlenden rot-grünen Initiativen im Bundestag wieder. Nun ist sogar das Zuwanderungsgesetz aus der Planung für diese Woche genommen worden.

Parlamentarisch stand diese Woche deshalb im Zeichen der bekannten **Steuererhöhungspläne der Bundesregierung**: Wir blieben bei unserer Linie: Wir lehnten das Steuervergünstigungsabbaugesetz am Freitag auch in 2. und 3. Lesung ab.

Steuererhöhungen bleiben trotz der angespannten Haushaltslage der falsche Weg. Notwendige Korrekturen der Körperschaftsteuerreform von Rot-Grün dürfen nur der Verstetigung des Aufkommens, nicht aber einer zusätzlichen Belastung der Ertragslage der Unternehmen dienen. <<<

## Untersuchungsausschuss

▶▶ Bundesfinanzminister Hans Eichel sah sich vor seiner Vernehmung im **Untersuchungsausschuss** am Donnerstag durch die Aussagen seines Staatssekretärs Manfred Overhaus belastet:

Ein Vermerk des BMF über die Finanzsituation wurde Mitte Juli von Eichel abgezeichnet. Die Fachleute rechneten mit einer Erhöhung der Neuverschuldung um rund 12 Mrd. Euro, ziemlich genau die Summe, die dann im Nachtragshaushalt eingestellt wurde.



### Spruch der Woche

*"Die Sorge um die Menschen treibt mich um. Daher machen wir beim Pockenschutz richtig Dampf. Es gibt zwar keine konkrete Bedrohung, aber ich will dafür sorgen, dass im Ernstfall genügend Impfstoff gegen Pocken da ist. Die Union muss aufhören, die Menschen zu verunsichern."*

Ulla Schmidt  
Bundesgesundheitsministerin (SPD)

Staatssekretär Overhaus gab auf Befragen an, dass es keine günstigeren Einschätzungen auf der Fachebene des BMF gab. Er habe allein aufgrund seiner langjährigen politischen Erfahrung geglaubt, dass die September-Zahlen noch die Einbußen ausgleichen könnten und entsprechend den Minister beraten.



Der zuständige Referatsleiter teilte ebenfalls bereits im Juli seinen Vorgesetzten mündlich mit, man müsse mit einem Maastricht-Defizit von 3,4% rechnen, man habe jedoch dem Minister die „politische Bewertung“ überlassen wollen. Eichel hingegen noch am 17. September 2002 im Brustton der Überzeugung: *„Ich bin sicher, wir kriegen keinen Blauen Brief aus Brüssel.“* (ARD, „Ihre Wahl 2002“) ◀◀

## **Enquete- Kommission "Ethik und Recht der modernen Medizin"**

▶▶ Der Bundestag setzte am Donnerstag die Enquete Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ ein.

Gleichzeitig ist es uns gelungen, in einem interfraktionellen Antrag zum „Verbot des Klonens menschlicher Embryonen“ auch das Regierungslager auf eine Absage an das therapeutische Klonen festzulegen:

*„Jede künstliche Erzeugung menschlicher Embryonen durch Klonen ist unabhängig von der dazu genutzten Technik und dem damit verfolgten Zweck unvereinbar mit der nach unserer Rechtsauffassung universell gültigen Menschenwürde, deren Schutz Artikel 1 der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und Artikel 1 des Grundgesetzes gebieten. Die Würde des Menschen markiert auch die Grenzen der grundgesetzlich garantierten Forschungsfreiheit.“*

Auf dieser Basis fordern wir die Bundesregierung auf, eine UNO-Konvention und weitere internationale Konventionen anzustreben, die sowohl das reproduktive als auch das therapeu-

tische Klone verbieten. Dies zeigt, dass die grundsätzlichen Positionen der Union zur humanen Gentechnik, auch hinsichtlich der PID, unverändert Geltung haben. <<<



## US Forscher kritisiert Konzentration auf embryonale Zellen



Hubert Hüppe, Ingrid Fischbach, David A. Prentice, Dr. Peter Liese,

Auf Einladung des EU-Abgeordneten Dr. Peter Liese MdEP fand in Berlin ein Treffen mit dem Us-amerikanischen Stammzellenforscher David A. Prentice statt. Prentice kritisiert die allgemeine Konzentration auf die Forschung mit embryonalen Stammzellen. Die bisherigen Ergebnisse seien nicht sehr ermutigend. Dagegen würden tausende Patienten in den USA und zahlreichen anderen Staaten bereits erfolgreich mit Therapien auf der Grundlage adulter Stammzellen behandelt.

Der Stammzellforscher, der an der Indian-State-University lehrt und Ko-Autor der im vorigen Jahr gescheiterten US-Klon-Gesetzgebung ist, äußerte die Erwartung, dass in den USA in diesem Jahr ein totales Verbot sowohl des reproduktiven wie



Wußten Sie schon,

... dass 2002 Deutschlands Arbeitnehmer 1,614 Milliarden bezahlte Überstunden leisteten ?  
Gegenüber 2001 sind das 4,3 Prozent weniger und zugleich der niedrigste Wert seit der Wiedervereinigung. Im Schnitt kam jeder Beschäftigte auf 47 Überstunden.

auch des therapeutischen Klonens von Menschen beschlossen werde. Nach den Senatswahlen vom vergangenen Herbst gebe es dafür gute Aussichten. Prentice appellierte abermals an die europäischen Staaten, in der internationalen Klon-Debatte eindeutig Stellung zu beziehen. Wenn Deutschland und Frankreich ihre Initiative für ein Klonverbot veränderten und damit jegliches Klonen verbieten wollten, könne das auch die Entscheidung in den USA beeinflussen.



## SPD - Medienbeteiligungen

▶▶ Im Zusammenhang mit der Übernahme der „Frankenpost“ durch die SPD-eigene Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG) hat die SPD eine einstweilige Verfügung gegen die bayerische Staatsregierung erwirkt. Deren Vertreter dürfen nicht mehr behaupten, „dass die SPD mit einem Anteil von zehn Prozent an der Gesamtauflage der Tageszeitungen in Deutschland zweitgrößter Verleger mit einer täglichen Auflage von knapp zwei Millionen Exemplaren sei“.

(Quelle: AP 14.2.2003) Tatsache bleibt: Die SPD ist über die DDVG mittelbar an zahlreichen deutschen Tageszeitungen beteiligt.

Der Fachdienst „Medien-Tenor“ kommt in einer aktuellen Analyse sogar zum Schluss, dass bei Zeitungen, an denen die SPD-Medienholding beteiligt ist, eine SPD-freundliche Berichterstattung überwiegt: Selbst im Vergleich zu Blättern wie der „Süddeutschen Zeitung“ und der „Frankfurter Rundschau“, die der Bundesregierung politisch nicht völlig fern stehen, aber wirtschaftlich unabhängig sind, würden die „Sächsische Zeitung“ und die „WAZ“ zu einer der SPD entgegenkommenden Berichterstattung neigen.

(Quelle: Die Welt 17.2.2003) ◀◀



... das Allerletzte!

*21,6 Millionen Bundesbürger sind krankenversichert, ohne dafür einen Cent Beitrag zu zahlen. Das ist jeder vierte Deutsche. Der Grund: Gesetzliche Krankenkassen versichern die Ehepartner und Kinder von Beitragszahlern kostenfrei mit. Für Leistungen aus der Familienversicherung geben die Kassen jährlich mehr als 15 Milliarden Euro aus.*